hlb-Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021

hlb Hochschullehrerbund Bundesvereinigung	**Frage 1: Innovation und Transfer** Da noch nicht einmal 1 Prozent der Fördergelder der DFG an die FH/HAW gehen, fordert der ***hlb*** die Gründung einer „Deutschen Transfergemeinschaft“ als Förderinstitution für angewandte Forschung, Innovation und Transfer. Wie will sich Ihre Partei konkret dafür einsetzen?
CDU CSU	Für CDU und CSU handelt es sich beim Transfer aus der Forschung in die Anwendung um eines der zentralen Themen der deutschen Forschungs- und Innovationspolitik. Daher nimmt die Stärkung des Transfers in Wirtschaft und Gesellschaft beispielsweise bei den Zielvereinbarungen des Pakts für Forschung und Innovation IV eine herausragende Rolle ein. Zudem hat das unionsgeführte Bundesministerium für Bildung und Forschung mit dem Programm „Innovative Hochschule“ eine eigene Förderinitiative aufgelegt, die sich vor allem an kleine und mittlere Universitäten sowie an Fachhochschulen bzw. an Hochschulen für Angewandte Wissenschaften richtet. Für die beiden Auswahlrunden (2018 bis 2022 und 2023 bis 2027) stellen Bund und Länder bis zu 550 Millionen Euro bereit. Da die Zuständigkeit für die Hochschulpolitik primär bei den Ländern liegt, bedarf es bei der Gründung einer neuen Organisation wie der von Ihnen genannten „Deutschen Transfergemeinschaft“ der Zustimmung der Länder. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die Initiative nicht umgesetzt wird.
SPD	Der Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die Praxis ist eine Leistungsdimension des Wissenschaftssystems, die noch nicht ausreichend strukturell gefördert wird. Mit der Gründung der Deutschen Transfergemeinschaft will die SPD diese Leistungsdimension in der Förderarchitektur des Bundes verankern. Transfer findet aus unserer Sicht an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften in besonderer Weise statt, aber auch an Universitäten und den Technischen Universitäten sowie Hochschulen. Wir sprechen uns daher dafür aus, dass die Deutsche Transfergemeinschaft offen ist für alle Hochschultypen, wenngleich der Schwerpunkt auf der Förderung anwendungsorientierter Forschung aus Hochschulen für angewandte Wissenschaften liegt. Die Deutsche Transfergemeinschaft muss aus Sicht der SPD in ihrem Umfang dem Potential gerecht werden, das in der Breite der Hochschullandschaft liegt. Unser Ziel ist, dass Hochschulen in der gesamten Fläche des Landes von der neuen Förderinstitution profitieren können. Wir befürworten die Offenheit der Förderung der Deutschen Transfergemeinschaft für Kooperationsprojekte von Hochschulen mit Unternehmen, öffentlichen Einrichtungen und sozialen Trägern. Diese Offenheit soll in der Gutachterstruktur deutlich werden.

AfD	Wir möchten grundsätzlich die Abhängigkeit der Forschung von Drittmitteln reduzieren und im Gegenzug die Direktmittel erhöhen. Davon würden auch angewandte Hochschulen profitieren. Eine Ausweitung der Drittmittelfinanzierung durch eine neue Institution befürworten wir nicht.
Freie Demokraten FDP	Wir Freie Demokraten wollen die Gründung einer Deutschen Transfergemeinschaft (DTG) auf den Weg bringen. Sie soll unabhängig agieren und als Selbstverwaltungseinrichtung sowohl technologische als auch soziale Innovationen unterstützen. Förderfähig sind einerseits Projekte unter Beteiligung einer Hochschule und andererseits eines Unternehmens aus der Wirtschaft oder Zivilgesellschaft. Die DTG wäre ein One-Stop-Shop, der Transfer-Know-how bündelt und kostenneutral durch bislang auf mehrere Ministerien verteilte Transferfördergelder finanziert wäre. Software- und Hightech-Unternehmen sowie Start-ups werden so in ihrer Leistungs- und Innovationskraft gestärkt. Im Rahmen ihrer parlamentarischen Arbeit hat die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag die konkreten Schritte zur Gründung der DTG in der Initiative „Innovationsbrücke bauen zwischen Hochschule und Praxis – Die Deutsche Transfergemeinschaft“ (BT-Drs.-19/6265) eingebracht.
DIE LINKE.	DIE LINKE lehnt die Gründung einer Transfergemeinschaft zur Förderung anwendungsbezogener Forschung ab. Wir glauben, dass eine solche Transfergemeinschaft nicht das geeignete Mittel zur Unterstützung der Innovationspolitik ist. Dagegen wollen wir bestehende Förderprogramme wie das ZIM oder die Industrielle Gemeinschaftsforschung besser ausstatten und in ihrer Rolle stärken.
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	Wir GRÜNE möchten beste Bedingungen für das Wissenschaftssystem schaffen und es auskömmlich finanzieren, um die Bedingungen für Grundlagenforschung und anwendungsbezogene Forschung zu verbessern. Außerdem wollen wir die Förderlandschaft um einen wichtigen Baustein durch die Gründung einer eigenständigen Innovationsagentur (D.Innova) ergänzen. Die D.Innova soll Innovationsnetzwerke zwischen Hochschulen, Mittelstand, Startups und Zivilgesellschaft systematisch, proaktiv und flexibel fördern. Wir möchten Innovationsökosysteme, also die Vernetzung von Wissenschaft, Unternehmen und Zivilgesellschaft, viel stärker von Anfang an fördern und somit Hochschulen in ihrer anwendungsbezogenen Forschung stärker in den Innovationsprozess einbinden.

hlb Hochschullehrerbund Bundesvereinigung	**Frage 2: Kampagne „Erfolg braucht HAW“** Mit der Kampagne „Erfolg braucht HAW“ (www.erfolg-braucht.de) fordert der ***hlb*** eine flächendeckende Lehrdeputatsreduktion auf 12 SWS sowie eine aus Grundmitteln finanzierte Stelle für wissenschaftliche Mitarbeit pro Professur. Wie unterstützt Ihre Partei diese Forderung?
CDU CSU	Für die Grundfinanzierung der Hochschulen sowie für die Festlegung der Lehrdeputate sind in unserer föderalen Ordnung die Länder zuständig.
SPD	Die spezielle Leistungsdimension insbesondere von Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAWs) wollen wir von Bundesseite insbesondere mit einer Deutschen Transfergemeinschaft und der Ausweitung des Bund-Länder-Programms „Personal an Fachhochschulen“ besser fördern. Lehredeputate und Stellenpläne an Hochschulen obliegen der Zuständigkeit der Bundesländer.
AfD	Wir befürworten eine Unterstützung der Lehre durch wissenschaftliche Mitarbeiter, wie an Universitäten. Diese müssen jedoch nicht unbedingt fest einem Professor zugeordnet werden. Die bereits heute mögliche Reduktion des Lehrdeputats sollte deutlich erleichtert werden.
Freie Demokraten FDP	Die Lehrdeputate werden auf Landesebene geregelt. Ebenso sind die Länder für eine ausreichende Grundfinanzierung der Hochschulen verantwortlich, um qualitativ hochwertige Lehre, Forschung und Transfer zu ermöglichen. Das starre Kapazitätsrecht und die Steuerungslogik von Lehrkapazitäten sind jedoch aus der Zeit gefallen. Der Aufwand digitaler Lehrangebote bemisst sich nicht primär an der Zahl der in einem Raum anwesenden Studierenden oder an der Dauer semesterwöchentlich abgehaltener Präsenzlehre. Auch die steigende Nachfrage nach akademischer Weiterbildung und

	Teilabschlüssen erfordert ein Umdenken. Deshalb fordern wir Freie Demokraten eine Qualitätsoffensive für die Hochschullehre. Mittelzuweisungen des Bundes sollen künftig auch auf Basis qualitätsorientierter Kriterien erfolgen. Eine bundesweite Beratung soll Hochschulen und Lehrende bei didaktischen, technischen, datenschutz- und urheberrechtlichen Fragen zu digitaler Lehre unterstützen. Das starre Kapazitätsrecht, das die Zahl der bereitgestellten Studienplätze regelt, wollen wir grundlegend reformieren, um Hochschulen mehr Investitionen in digitale Lehrangebote, bessere Betreuungsquoten sowie berufs- und lebensbegleitende Studienmodule zu ermöglichen. Alle Förderprogramme des Bundes für die Verbesserung der Hochschullehre wie auch zur Forschungsfinanzierung sollen den Hochschulen grundsätzlich unabhängig ihrer Trägerschaft offenstehen.
DIE LINKE.	DIE LINKE unterstützt die Forderung des ***hlb*** nach einer flächendeckenden Lehrdeputatsreduktion an HAWs. Über Hochschultypen hinweg sollte gelten: Gleiches Gehalt für gleiche Lehraufgaben. Zusätzlich wollen wir den Mittelbau an HAWs deutlich ausbauen, indem wir HAWs das Promotionsrecht verleihen und durch eine höhere Grundfinanzierung der Hochschulen den Aufbau eines eigenen Mittelbaus und eine nachhaltige Personalentwicklung ermöglichen. Dazu gehört für uns auch die Etablierung von neuen, unbefristeten Stellentypen unterhalb der Professur.
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	Mit den Ländern wollen wir den Zukunftsvertrag Studium und Lehre verstetigen und qualitativ voranbringen und damit die Planungssicherheit für Lehrende durch den Aufbau dauerhafter Beschäftigungsverhältnisse erhöhen. Gerade in der Lehre werden viele Aufgaben weiterhin oft über schlecht bezahlte Lehraufträge abgedeckt. Das ist eine Zumutung. Wir GRÜNE wollen durch die Schaffung entfristeter Stellen auch den Stellenwert der Lehre erhöhen. Daueraufgaben sollen auch mit Dauerstellen gesichert sein.

hlb Hochschullehrerbund Bundesvereinigung	**Frage 3: Konkurrenzfähigkeit der HAW-Professur** Tandem- und Nachwuchsprofessuren verwässern das spezifische HAW-Profil wie der ***hlb*** in einer Pressemitteilung vom 5. Juli 2021 jüngst herausgestellt hat (https://www.hlb.de/fileadmin/hlb-global/downloads/pressemitteilungen/2021-07-05_hlb-PM_hlb_warnt_vor_dem_Entzug_des_Profils_der_HAW.pdf). Was will Ihre Partei dagegen tun?
CDU CSU	Angesichts des demografischen Wandels und der gleichzeitig guten wirtschaftlichen Entwicklung stellen CDU und CSU einen verschärften Wettbewerb zwischen der Wirtschaft und den Fachhochschulen bzw. den Hochschulen für angewandte Wissenschaften um qualifiziertes Personal fest. Eine besondere Herausforderung bedeutet dabei die an FHs/HaWs übliche Dreifachqualifizierung. Zudem gibt es für einzelne Fachgebiete, wie Soziale Arbeit oder die Pflege- und Gesundheitswissenschaften, bislang zu wenige Bewerber mit den erforderlichen Qualifikationen. Bund und Länder haben mit dem Programm „FH-Personal“ darauf reagiert, indem sie auf der Grundlage der Empfehlungen des Wissenschaftsrates ein zehnjähriges Förderprogramm in Höhe von 431 Millionen Euro auf den Weg gebracht haben. Dabei bleibt die Verbindung aus Forschungskompetenz und Praxiserfahrung ein zentrales Alleinstellungsmerkmal der FHs/HaWs, an dem CDU und CSU festhalten. Daher sieht das Programm nicht nur Tandem- oder Nachwuchsprofessuren vor, sondern es ermutigt jede Hochschule, entsprechend den spezifischen Bedingungen vor Ort individuelle Lösungswege zu entwickeln.
SPD	Damit auch Hochschulen für angewandte Wissenschaften hochqualifiziertes Personal für ihre Forschung und Lehre gewinnen können, werden wir den Weg zur HAW-Professur mit strukturierten Angeboten unterstützen. Dazu wollen wir das Bund-Länder-Programm „Personal an Fachhochschulen“ ausweiten.
AfD	Eine vorherige Erfahrung bei der Anwendung wissenschaftlicher Methoden in der außeruniversitären Praxis muss weiterhin Voraussetzung für eine Berufung bleiben. Die Tandem- und Nachwuchsprofessuren würden die bereits heute zu beobachtende Tendenz, Wissenschaftler ohne ausreichende Praxiserfahrung zu berufen, noch verstärken.

Freie Demokraten FDP	Wir Freie Demokraten möchten bessere Rahmenbedingungen an Hochschulen für Wissenschaftskarrieren schaffen. Wir befürworten vielfältige und attraktive Karrierewege in der Wissenschaft, die jedoch nicht zu Lasten der Qualität gehen.
DIE LINKE.	DIE LINKE unterstützt die Forderung des ***hlb*** die Besoldung von HAW-Professuren auf das W3-Niveau anzuheben. HAW-Professuren erfordern ein außergewöhnliches Stellenprofil und sollten dementsprechend vergütet werden. Tandem-Professuren sollten aus unserer Sicht die Ausnahme bleiben und bei Bedarf als gleichstellungspolitisches Instrument genutzt werden, um biographische Lücken auszugleichen. Das BMBF-Programm muss daher evaluiert und ggf. angepasst werden, um Fehlanreize zu vermeiden und eine nachhaltige Personalpolitik voranzutreiben.
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	Das Profil von HAWen ist von besonderer Bedeutung für unser Wissenschafts- und Ausbildungssystem. Die Einführung von Tandem- und Nachwuchsprofessuren liegt in der Verantwortung der Länder. Die Öffnung für diese Form der Professuren wurde von einigen Bundesländern eingeführt, um die Besetzung von Professuren an HAWen zu erleichtern.

hlb Hochschullehrerbund Bundesvereinigung	**Frage 4: Vitalisierung der anwendungsbezogenen Forschung/Promotionsrecht** Gerade bei kooperativen Publikationen mit Industriepartnern sind HAW heute schon führend (siehe U-Multirank). Um anwendungsbezogene Forschung zu stärken, muss den HAW das Promotionsrecht übertragen werden. Wie unterstützt Ihre Partei das?
CDU CSU	CDU und CSU wollen Lehre und Forschung an den FHs/HaWs stärken. Es sollten daher neue Wege entwickelt werden, damit die Absolventinnen und Absolventen der Fachhochschulen bzw. der Hochschulen für angewandte Wissenschaften promovieren können.
SPD	Wir wollen Diversität unter den Promovierenden sowie einen diskriminierungsfreien Zugang zur Promotion ermöglichen. Absolventinnen und Absolventen von Hochschulen für angewandte Wissenschaften sollen verlässlich promovieren können. Für kooperativ Promovierende wollen wir eine gute Begleitung ihrer Promotion durch Universitäten und HAWs. Dazu gehört auch der Zugang zu allen Qualifizierungsangeboten.
AfD	Wir lehnen diese Forderung ab, um das Profil der Universitäten nicht zu verwässern. Durch das kooperative Promotionsverfahren haben Fachhochschulen ausreichende Möglichkeiten, besonders qualifizierte Studenten zu promovieren.
Freie Demokraten FDP	Wir Freie Demokraten fordern eine Möglichkeit für Universitäten, mit Fachhochschulen kooperierende Promotionsverfahren durchführen zu können. Die Fachhochschulen bieten durch ihre Praxisnähe ein Studium, das für die Wirtschaftskraft von Regionen als Wachstumsquelle fungieren kann. Wir fordern, den Fachhochschulen, die sich schwerpunktmäßig mit Forschung beschäftigen sowie ihren Studierenden breite Kenntnisse im Bereich der Techniken

	wissenschaftlichen Arbeitens vermitteln, in den jeweiligen Landeshochschulgesetzen ein gesondertes Promotionsrecht zu ermöglichen.
DIE LINKE.	DIE LINKE will über eine erhöhte Grundfinanzierung den Weg für einen eigenen Mittelbau an HAWs eröffnen und gleichzeitig das Promotionsrecht verleihen. Zusätzlich muss die bestehende Drittmittelzuteilung aus öffentlichen Geldern gerechter unter den Hochschultypen verteilt werden. Aktuell sind Hochschulen für angewandte Wissenschaft bei der Vergabe von DFG-Geldern erheblich unterrepräsentiert. Neben einer Stärkung der Zusammenarbeit zwischen außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Hochschulen wollen wir die Beschäftigungsbedingungen und -perspektiven von Nachwuchswissenschaftler:innen durch eine Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes verbessern. Die dadurch entstehende Forschungslandschaft ist attraktiv und eine gute Voraussetzung für eine Promotion an HAWs.
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, Fachhochschulabsolvent*innen faire Zugangschancen zur Promotion zu eröffnen, z.B. durch kooperative Promotionsformate. Das Promotionsrecht liegt auf Länderebene. Der Bund kann und sollte aber die Forschungsstärke der FHs/HAWs verbessern und verstetigen.

Hinweis:

Die Antworten werden in der Reihenfolge der Stimmanteile im Bundestag in der 19. Legislaturperiode wiedergegeben.

Quellen:

E-Mail der CDU Deutschlands, Sekretariat Wahlprüfsteinbeantwortung, 23. Juli 2021.

E-Mail des SPD-Parteivorstands, Abteilungsleiterin Inhalte und Impulse, 2. September 2021.

E-Mail der AfD-Bundesgeschäftsstelle, Leiter Grundsatz, Strategie & Programmatik, 6. September 2021.

E-Mail des FDP-Generalsekretärs, 13. August 2021.

E-Mail der Bundesgeschäftsstelle DIE LINKE, Redaktion Wahlprüfsteine, 2. August 2021.

E-Mail der Bundesgeschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen, Referat Öffentlichkeitsarbeit, 17. August 2021.